

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Friedrich Straetmanns, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/29030 –**

Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) (Bundesratsdrucksache 5/21)

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf den Inhalt eines Gesetzentwurfs geschieht nicht nur im Deutschen Bundestag. Sondern sie vollzieht sich auch bei der Bundesregierung, etwa in den einzelnen Bundesministerien. Dort haben schon in den Beteiligungs- und Anhörungsverfahren gemäß den Vorschriften der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO), aber auch darüber hinaus Verbände und sonstige Personen außerhalb der Bundesregierung als Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter (im weiteren Text: externe Dritte) Möglichkeiten der Beeinflussung des Inhalts der gesetzlichen Regelungsvorschläge.

Grundsätzlich sind der Austausch der Bundesregierung mit externen Dritten und die Kenntnis, Abwägung und ggf. Berücksichtigung der im Laufe der Erstellung von Gesetzentwürfen geäußerten Stellungnahmen und enthaltenen alternativen Formulierungen nicht falsch, sondern ganz im Gegenteil: Das ist sogar wichtig. Die Bundesregierung kann und soll sich mit den in der Gesellschaft vorhandenen Auffassungen, Positionen und Interessen auseinandersetzen und diese im Rahmen der Erstellung von Gesetzentwürfen als Initiativberechtigte im Sinne des Artikels 76 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) ggf. berücksichtigen.

Dies muss nur für den Deutschen Bundestag als Gesetzgebungsorgan und nicht zuletzt auch für die Öffentlichkeit ersichtlich sein. „Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich.“ (BVerfGE 40, 296 (327)). Darüber hinaus sollten die unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller grundsätzlich gleiches Gehör bei der Bundesregierung finden.

Ergänzend zu den Kleinen Anfragen auf den Bundestagdrucksachen 19/25465 sowie 19/26356 haben die Fragestellerinnen und Fragesteller weitere Fragen zu dem Gesetzentwurf.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung ist bestrebt, Regierungshandeln transparent und damit für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar zu gestalten. Daher hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Dezember 2016 der internationalen Initiative „Open Government Partnership“ angeschlossen, um die Transparenz des Regierungshandelns für die Bürger weiter zu erhöhen. Das Bundeskabinett hat am 15. November 2018 eine „Vereinbarung zur Erhöhung der Transparenz in Gesetzgebungsverfahren“ getroffen. Hierdurch soll die bereits in der 18. Legislaturperiode erprobte Praxis fortgesetzt werden, Gesetz- und Verordnungsentwürfe in der Form, in der sie in eine etwaige Verbändebeteiligung gegangen sind sowie den von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Vereinbarung ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1557560/3eb272d7adece1680649212178782fdb/2018-11-15-transparenz-gesetzgebungsverfahren-data.pdf?download=1>.

Daneben ist vereinbart, zusätzlich die Stellungnahmen aus der Verbändeanhörung (§ 47 Absatz 3 GGO) zu veröffentlichen. Bis zur Errichtung einer zentralen Plattform wird die Veröffentlichung über die Internetseiten der jeweiligen Ressorts erfolgen, auf die auch vom zentralen Internetauftritt der Bundesregierung aus verlinkt wird. Darüber hinaus weist die Bundesregierung darauf hin, dass der weitere Verlauf des jeweiligen Rechtsetzungsvorhabens auf der Internetseite des Gemeinsamen Dokumentations- und Informationssystems vom Deutschen Bundestag und Bundesrat recherchiert werden kann. Öffentlich bereitgestellte Informationen machen Regierungshandeln besser nachvollziehbar.

Die Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsministerinnen und Staatsminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre pflegen in jeder Wahlperiode im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung Kontakte mit einer Vielzahl von Akteuren aller gesellschaftlichen Gruppen. Dies schließt Kontakte ein, die aktuelle Gesetzentwürfe zum Thema haben. Unter diesen ständigen Austausch fallen Gespräche und auch Kommunikation in anderen Formen (schriftlich, elektronisch, telefonisch). Es ist weder rechtlich geboten noch im Sinne einer effizienten und ressourcenschonenden öffentlichen Verwaltung leistbar, entsprechende Informationen und Daten (z. B. sämtliche Veranstaltungen, Sitzungen und Termine nebst Teilnehmerinnen und Teilnehmern) vollständig zu erfassen oder entsprechende Dokumentationen darüber zu erstellen oder zu pflegen.

Parlamentarische Kontrolle von Regierung und Verwaltung verwirklicht den Grundsatz der Gewaltenteilung. Die Gewaltenteilung stellt aber nicht nur den Grund, sondern auch die Grenze der parlamentarischen Kontrolle dar. Parlamentarische Kontrolle ist politische Kontrolle, nicht administrative Überkontrolle (BVerfGE 67, 100 (140)). Parlamentarische Kontrolle kann die Regierungsfunktion auch stören und bedarf daher der Begrenzung auf ein funktionsverträgliches Maß (vgl. BVerfGE 110, 199 (219); 124, 78 (122); 137, 185 (250)).

1. Welche vereinbarten dienstlichen Kontakte (alle nicht bloß zufälligen oder privaten Gespräche und Treffen bei Veranstaltungen, Sitzungen, Beratungen, Dienstreisen etc.) von Mitgliedern und/oder Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung (einschließlich Bundeskanzleramt) oder der Bundesministerien mit externen Dritten haben im Zusammenhang mit dem im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhaben mit welchem Ergebnis bezogen auf den Regelungsinhalt des Gesetzentwurfs stattgefunden (bitte tabellarisch mit Datum, Ort, teilnehmenden Personen, für die Teilnehmenden des zuständigen federführenden Fachreferates ggf. mit anonymisierter Angabe, aufführen)?

Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche bzw. deren Ergebnisse – einschließlich Telefonate – besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung der Bundesregierung zu dieser Kleinen Anfrage sowie in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1174). Zudem werden Gesprächsinhalte nicht protokolliert.

Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen. Diesbezügliche Daten sind somit möglicherweise nicht vollständig.

Die Abfrage hat folgende Gespräche mit externen Dritten (nur Leitungsebene) bezogen auf den Regelungsgegenstand des Referentenentwurfs ergeben:

Bundesministerin für Familie, Senioren Frauen und Jugend Franziska Giffey	23.04.2018	Berlin	Prälat Dr. Peter Neher, Präsident, Deutscher Caritasverband e. V. Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender, AWO Prof. Dr. Rosenbock, Vorsitzender, der PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V. Eva Maria Welskop-Deffaa, Vorstand Sozial- und Fachpolitik, Deutscher Caritasverband e. V. Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, Vizepräsidentin Deutsches Rotes Kreuz e. V. Ulrich Lilie, Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. Abraham Lehrer, Präsident, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. Dr. Gerhard Timm, Geschäftsführer, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.
	6.07.2018	Berlin	Lisi Maier, Vorsitzende, Deutscher Bundesjugendring Tobias Köck, Vorsitzender, Deutscher Bundesjugendring Clara Wengert, Geschäftsführerin, Deutscher Bundesjugendring

Bundesministerin für Familie, Senioren Frauen und Jugend Franziska Giffey	9.07.2018	Berlin	Adolf Bauer, Vorsitzender, Sprecherrat des Deutschen Behindertenrats Verena Bentele, Präsidentin, VdK Sigrid Arnade, Berlin, Geschäftsführerin, Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. Hannelore Loskill, Bundesvorsitzende, BAG SELBSTHILFE
	13.07.2018	Berlin	Dr. Klaus Zeh, Präsident, Deutscher Familienverband e. V. Sidonie Ferna, Vorsitzende, Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf) e. V. Erika Biehn, Bundesvorsitzende, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V. (VAMV) Dr. Elisabeth Müller, Vorstandsvorsitzende, Verband kinderreicher Familien Deutschland e. V. Christiane Reckmann, Vorsitzende, Zukunftsforum Familie e. V. Christel Riemann-Hanewinckel, Präsidentin, evangelische arbeitgemeinschaft familie e. V. (eaf) Stefan Becker, Präsident, Familienbund der Katholiken (FDK) Bundesverband Birgit Uhlworm, Bundesvorsitzende, Bundesverband Selbsthilfeinitiative Alleinerziehender SHIA e. V. Ulf Köster, Vorsitzender, ABC-CLUB e. V. Internationale Drillings & Mehrlingsinitiative
	17.08.2018	Berlin	Prof. Dr. Jörg M. Fegert, Uniklinikum Ulm, Past-Präsident und Kongresspräsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (DGKJP) Oberin Doreen Fuhr, Vorsitzende der DRK-Schwesternschaft Prof. Dr. Michael Kölch, Prof. für Kinder- und Jugendpsychiatrie Vorstandsmitglied der DGKJP und der BAG kjpp, PD Dr. Arpad von Moers, Projektleiter beim Berliner Transitionsprogramm, ärztlicher Leiter d. KinderSchutzAmbulanz am Klinikum, Vorsitzender des Ethikkomitees der DRK Kliniken Berlin
	20.08.2018	Berlin	Dr. Wolfram Friedersdorff, Präsident, Volkssolidarität Olaf Wenzel, Vizepräsident, Volkssolidarität

Bundesministerin für Familie, Senioren Frauen und Jugend Franziska Giffey	20.08.2018	Berlin	Dr. Thomas Fischbach, Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte e. V. (BVKJ) Dr. Sigrid Peter, Vizepräsidentin des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) Dr. med. Gabriele Trost-Brinkhues, Vorstand der Kinder- und Jugendärzte des BVKJ auf Landes- und Bundesebene
	21.08.2018	Berlin	Ulla Schmidt, Bundesvorsitzende, Lebenshilfe Jeanne Nicklas-Faust, Bundesgeschäftsführerin, Lebenshilfe
	7.12.2018	Berlin	<ul style="list-style-type: none"> • Matthias Nitsch, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesvernachlässigung und -misshandlung (DGfPI e. V.) • Kathrin Schwedes, Leiterin der Bundeskoordinierungsstelle spezialisierter Fachberatung zum Thema sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend (BKSF) • Rainer Schütz, Geschäftsführer Nummer gegen Kummer e. V. • Virginia Wangare-Greiner, Sprecherin von Integra (Deutsches Netzwerk zur Überwindung von weiblicher Genitalverstümmelung) • Mechtild Maurer, Geschäftsführerin und Pressesprecherin von ECPAT Deutschland e. V. • Arthur Kröhnert, Bundesgeschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e. V. • Mechthild Paul, Leiterin des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) • Dr. Sigrid Peter, Vizepräsidentin des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte BVKJ e. V. • Prof. Dr. Karin Böllert, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) Friedemann Schindler, Leiter jugendschutz.net
	14.01.2019	Berlin	Lisi Maier, Vorsitzende des Vorstands, Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Christiane Giersen, Mitglied des Vorstands, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit Prof. Dr. Frank Elster, Vorstand, Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger Thiemo Fojkar, Vorsitzender des Vorstandes, Internationaler Bund Brigitte Döcker, Mitglied des Vorstands, Arbeiterwohlfahrt

	19.02.2019	Hamm	Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags, u. a.: Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister der Stadt Münster Dr. Ulrich Maly, Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
	21.02.2019	Berlin	Prof. Dr. Karin Böllert, Vors., Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) Martina Reinhardt, stv. Vors. AGJ Björn Bertram stv. Vors. AGJ Peter Klausch, Geschäftsführer AGJ
	15.03.2019	Berlin	Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner Prof. Bernd Schlüter
	11.07.2019	Berlin	Nicole Fiebig, Gründungsmitglied, Pflege und Adoptiveltern Verein Unabhängiger Landesverband Niedersachsen
	17.09.2019	Berlin	Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Janina Bessenich, Stellvertretende Geschäftsführerin beim CBP – Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V. Barbara Heuerding, Geschäftsführerin des Bundesverbandes evangelische Behindertenhilfe e. V. (BeB)
	8.11.2019	Berlin	Heinz Hilgers, Präsident, Deutscher Kinderschutzbund Sabine Andresen, Vizepräsidentin, Deutscher Kinderschutzbund Ekin Deligöz, Vizepräsidentin, Deutscher Kinderschutzbund
	3.12.2019	Berlin	Gerda Hasselfeldt, Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und des Deutschen Roten Kreuzes Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes Prälat Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritas- Verbandes Prof. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband Dr. Joß Steinke, Fachbereichsleiter Jugend und Wohlfahrtspflege im DRK-Generalsekretariat Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland Abraham Lehrer, Präsident der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden Dr. Gerhard Timm, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

	14.08.2020	Berlin	<p><u>Thementag SGB VIII Reform</u> Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prof. Dr. Peter Schruth (Vorstandsvorsitzender) <p>Jugendamt Marzahn Hellersdorf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Herr Gordon Lemm (BzStR für SchulSport-JugFam) • Herr Heiko Tille (Jugendamtsleiter) • Frau Stephanie Inka Jehne (Vorsitzende des Bezirkselfternausschusses Kita) <p>Kinderhaus Berlin-Mark Brandenburg e. V.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prof. Dr. Hans-Ullrich Krause (Geschäftsführer) • Frau Petra Kaufmann (Leiterin des Kinderhauses)
	1.10.2020	Berlin	<p>Sitzung Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz, u. a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dr. Stefan Oster SDB, Vorsitzender der Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof von Passau • Jörg Michael Peters, Weihbischof in Trier, stellvertretender Vorsitzender der Jugendkommission • Dr. Michael Gerber, Bischof von Fulda • Dr. Udo Markus Bentz, Weihbischof in Mainz • Dr. Reinhard Hauke, Weihbischof in Erfurt • Johannes Wübbe, Weihbischof in Osnabrück • Florian Wörner, Weihbischof in Augsburg • Dr. Christoph Hegge, Weihbischof in Münster
Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks, MdB (Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend)	16.07.2018	Berlin	<ul style="list-style-type: none"> • Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik Diakonie Deutschland • Doris Beneke, Leitung Zentrum Kinder, Jugendliche, Familien und Frauen, Diakonie Deutschland • Sonja Schmidt, Referentin für das Projekt Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, Diakonie Deutschland
	4.09.2018	Berlin	<ul style="list-style-type: none"> • Herr Lars Pickardt (Vorsitzender Deutsche Behindertensportjugend (DBSJ)) • Frau Cora Hengst (Jugendsekretärin Deutscher Behindertensportverband (DBS)) • Frau Annett Chojnacki-Bennemann (Leiterin Hauptstadtbüro DBS)

	6.11.2018	Berlin	<p><u>Auftaktveranstaltung Dialogprozess „Mitreden-Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“</u></p> <p>Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Institutionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) • AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) • Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (BdKS) • Careleaver e. V. • Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen • Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie • JFMK Vorsitzland
	21.01.2019	Berlin	<p><u>Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe (AG) „SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten“ ca. 58 ext. Teilnehmende:</u></p> <p>https://www.bmfsfj.de/resource/blob/158504/c1a544b357ca570e0aa9688cdafd0b18/abschlussbericht-mitreden-mitgestalten-die-zukunft-der-kind-er-und-jugendhilfe-data.pdf; S. 44</p>
	12.02.2019	Berlin	<p>2. AG-Sitzung „SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten“, Thema Kinderschutz ca. 40 ext. Teilnehmende:</p> <p>https://www.bmfsfj.de/resource/blob/158504/c1a544b357ca570e0aa9688cdafd0b18/abschlussbericht-mitreden-mitgestalten-die-zukunft-der-kind-er-und-jugendhilfe-data.pdf; S. 44</p>
	25.02.2019	Berlin	<p>Volker Geyer, dbb – Beamtenbund und Tarifunion (dbb) stv. Bundesvorsitzender, und Fachvorstand Tarifpolitik</p> <p>Stefan Czogalla dbb Geschäftsbereichsleiter Arbeit, Wirtschaft, Soziales und Steuern und Senioren</p> <p>Albena Chipkovenska, dbb Referentin des Geschäftsbereiches Tarif</p>
	4.04.2019	Berlin	<p>3. AG- Sitzung „SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten“ ca. 50 externe Teilnehmende:</p> <p>https://www.bmfsfj.de/resource/blob/158504/c1a544b357ca570e0aa9688cdafd0b18/abschlussbericht-mitreden-mitgestalten-die-zukunft-der-kind-er-und-jugendhilfe-data.pdf; S. 44</p>

	11.06.2019	Berlin	<u>4. AG-Sitzung „SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten“</u> ca. 50 externe Teilnehmende: https://www.bmfsfj.de/resource/blob/158504/c1a544b357ca570e0aa9688cdafd0b18/abschlussbericht-mitreden-mitgestalten-die-zukunft-der-kind-er-und-jugendhilfe-data.pdf , S. 44
	17./18.09.2019	Berlin	<u>5. AG-Sitzung „SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten“</u> ca. 50 externe Teilnehmende: https://www.bmfsfj.de/resource/blob/158504/c1a544b357ca570e0aa9688cdafd0b18/abschlussbericht-mitreden-mitgestalten-die-zukunft-der-kind-er-und-jugendhilfe-data.pdf , S. 44ff
	29.11.2019	Berlin	Frank Baranowski, OB Gelsenkirchen, Vors. d. SGK-NW, Mitglied Bundesvorstand Thomas Beyer, BM Hansestadt Wismar, Vorsitzender d. SGK MV Michael Ebling, OB Mainz, Vorsitzender der SGK RP, Präsident des Verbandes der Kommunalen Unternehmen, Kirsten Fründt, Landrätin LK Marburg-Biedenkopf, Vorsitzende d. SGK Hessen; Silvia Nieber, BM Stade Annette Sawade, Mitglied im Kreistag des LK Schwäbisch Hall
	10.12.2019	Berlin	<u>Abschlussveranstaltung Dialogprozess „Mitreden-Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“</u> Vertreterinnen und Vertreter insbesondere aus folgenden Institutionen: • Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) • AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) • Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (BdKS) • Careleaver e. V. • Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen • Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie • JFMK Vorsitzland
	13.01.2020	Berlin	• Volker Geyer – dbb – stellv. Bundesvorsitzender • Stefan Czogalla – dbb Geschäftsbereichsleiter Arbeit, Wirtschaft, Soziales und Steuern und Senioren • Albenä Chipkovenska – dbb Referentin des Geschäftsbereiches Tarif

Staatssekretärin Juliane Seifert (Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend)	16.10.2018	Berlin	<u>Sammeltermin „Kinderrechte und Kinderschutz“</u> , <u>Bereich Erziehungshilfefachverbände</u> <ul style="list-style-type: none"> • Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGFH): Joseph Koch, Geschäftsführer u. Nicole Knuth, Vorstand • Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke): Christoph Schmid, Vorsitzender • AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe: Rainer Kröger, Vorsitzender; Claudia Langholz, Vorstand KJH; Jutta Decarli, Geschäftsführerin • Evangelischer Erziehungsverbänden (EREV: Carola Sari Hahne, Erste Vorsitzende; Björn Hagen, Geschäftsführer • Bundesverband katholischer Einrichtungen u. Dienste d. Erziehungshilfen (BVkE): Dr. Klaus Esser, Vorsitzender, Stephan Hiller, Geschäftsführer; Peter Baumeister, stellv. Vorsitzender
	16.05.2019	Berlin	<u>Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e. V.</u> <ul style="list-style-type: none"> • Dr. Thomas Fischbach, Präsident • Dr. Sigrid Peter, Vizepräsidentin
	25.09.2019	Berlin	<u>Einrichtungsbesuch Erziehungshilfe Caritas „Minna Fritsch“ u. Gespräch mit Jugendlichen</u> <ul style="list-style-type: none"> • Stephan Hiller, Geschäftsführer des Bundesverbands katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e. V. (BVkE) • Rita Brandt, Geschäftsführerin Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) • Peter Baumeister, BVkE Vorstand
Parlamentarische Staatssekretärin Kerstin Griese MdB (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)	16.09.2020	Berlin	<u>Kennlertreffen mit der mit der DIAKOVERE gGmbH und dem Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (BeB) e. V.</u> <ul style="list-style-type: none"> • Pastor Uwe Mletzko, theol. Geschäftsführer der DIAKOVERE gGmbH und Geschäftsführer der Alten-, Behinderten- und Jugendhilfe. Vorsitzender des BeB e. V. • Herrn Prof. Dr. Jürgen Armbruster, Vorstandsmitglied der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart (eva) und stellvertretender Vorsitzender des BeB e. V. • Frau Barbara Heuerding, Geschäftsführerin des BeB e. V.
	27.11.2020	Berlin	<u>Videokonferenz mit dem Fachausschuss Jugendhilfepolitik des Evangelischen Erziehungsverbands e. V. (EREV)</u> Dr. Björn Hagen, Geschäftsführer
Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun (Bundeskanzleramt)	12.6.2018	Berlin	Thiemo Fojkar, Vorstandsvorsitzender u. a. Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.,

2. Wann wurde ggf. die Unterrichtung gemäß § 48 Absatz 1 und 2 GGO jeweils durchgeführt?

Die Fraktionen des Deutschen Bundestags wurden am 6. Oktober 2020 unterrichtet.

Der Bundesrat wurde am 18. November 2020 unterrichtet.

